



Kriegsziel Restauration ?

Über Nationbuilding und Erneuerung in Mali

Charlotte Wiedemann

Berlin, März 2013

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung
Redaktion: Kirsten Maas-Albert
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
Erscheinungsort: www.boell.de
Erscheinungsdatum: 20.März.2012



Die Autorin

Charlotte Wiedemann, geb. 1954, Journalistin. Lebte einige Jahre in Südostasien und bereiste später viele islamische Länder Asiens, Arabiens und Afrikas, u.a. für GEO, DIE ZEIT, Le Monde diplomatique.

Inhaltsverzeichnis

„Wir sind eine alte Nation“	4
1960: Der gescheiterte Pan-Afrikanismus	4
Das Trauma der Tuareg	6
Patriotismus und Intoleranz	7
Gibt es einen schwarzen Rassismus?	8
Der ferne Staat	9
Ausblick: Die Gefahr der Restauration	10

Von einer Reihe anderer afrikanischen Staaten hat sich Mali bisher durch ein starkes Nationalbewusstsein unterschieden und durch die geringe politische Bedeutung ethnischer Zugehörigkeiten. Das erneute Aufbrechen der Tuareg-Frage sowie Übergriffe auf sogenannte „Hellhäutige“ im Zuge des Kriegsgeschehens haben deshalb viele Beobachter überrascht. Gehörte der inter-ethnische Frieden womöglich ebenso zu einem Trugbild wie Malis vermeintliche Modell-Demokratie? Anders gefragt: Ist das Nation-Building aus der frühen Zeit nach der Unabhängigkeit heute noch tragfähig? Und in welchem Verhältnis stehen Aussöhnung und demokratische Erneuerung?

„Wir sind eine alte Nation“

Wer Maliern und Malierinnen begegnet, ist meist von ihrem ausgesprochenen Nationalstolz beeindruckt. Er beweist, dass sich Würde nicht am Bruttoinlandsprodukt misst – Malis Armut verhindert nicht den Stolz, Malier zu sein. Dabei ist oft zu hören: „Wir sind eine alte Nation“ – eine Anspielung auf das mittelalterliche Mali-Reich, das sich auf seinem Höhepunkt im 14. Jahrhundert über einen großen Teil Westafrikas erstreckte. Dessen Gründer Sundiata Keita ist Groß und Klein vertraut, und es gibt sogar junge Städter, die ihre tägliche Tee-Runde „Kurukan Fuga“ nennen: Das war jener Ort im Mali-Reich, wo 1236 die erste Menschenrechts-Charta der Mande-Völker entstand; ein Ur-Dokument politischen Denkens in Afrika.

Nun ist das heutige Staatsgebiet Malis wesentlich kleiner als das historische Mali-Reich, das nie den Anspruch hatte, sein Territorium so zu beherrschen wie ein moderner Nationalstaat und später diversen kleineren Reichen Platz machte. Gleichwohl kann sich das Mali unserer Tage, das erst seit 53 Jahren besteht, auf eine Geschichtlichkeit berufen, die mit dem eigenen Staatsgebiet zu tun hat. Das verleiht den Maliern ein gewisses Überlegenheitsgefühl gegenüber regionalen Nachbarn, etwa Burkina Faso, das sich seinen Namen aus zwei Sprachen komponierte, um die koloniale Fremdbezeichnung abzuschütteln. Oder Ghana, das den arabischen Namen des alten Ghana-Reiches annahm, obwohl dies ganz woanders war.

Es bedurfte der jüngsten Erschütterungen, um daran zu erinnern, dass Malis Nationalbewusstsein das vergleichsweise junge Produkt einer politischen Willensanstrengung ist – und dass es von den etwa 30 Ethnien des Landes zwar viele, aber eben nicht alle einschließt.

1960: Der gescheiterte Pan-Afrikanismus

1959/ 1960, zur Geburtsstunde Malis, war ein Nationalstaat in den heutigen Grenzen zunächst nicht vorgesehen. Die post-koloniale Elite dachte pan-afrikanisch und schloss sich mit Senegal zu einer Föderation zusammen, zu der ursprünglich auch andere Teile Französisch-Westafrikas gehören sollten. In diesem Staatenverbund wurde den Tuareg eine gewisse Eigenständigkeit in Aussicht gestellt; dazu sollte auch die Anwendung islamischen Rechts gehören. Ein wichtiges Anliegen der Tuareg: Sie sahen sich im Vergleich zur schwarzen Mehrheitsbevölkerung als echte, bessere Muslime. So versteht sich der heute noch einflussreiche Ifoghas-Klan in Kidal als religiöser Erbadel: Die Ifoghas führen ihre Dynastie auf einen Nachkommen des Propheten im 17. Jahrhundert zurück, der gemischt berberisch-arabischer Abstammung war.

Doch die Föderation mit Senegal zerbrach schnell, und die Umstände des Scheiterns sind in Mali bis heute als demütigend in Erinnerung. Die malischen Delegierten, an der Spitze der spätere Präsident Modibo Keita, wurden in Dakar zeitweise verhaftet. Anders als der Senegalese Léopold Senghor stand Keita für größtmögliche Distanz zur französischen Kolonialmacht, die ihrerseits alle pan-afrikanischen Ansätze bekämpfte. Im September 1960 erklärte sich Mali gezwungenermaßen allein für unabhängig; dabei hing im Saal ein Banner mit den Worten „Lieber der Tod als die Schande“. Dieses Pathos gab einen Ton vor, der bis heute anhält. Ein trotziger Patriotismus, in dem zwei Elemente auffallen: Malier neigen dazu, sich feiner, authentischer, „historischer“ zu fühlen als andere und sehen sich deswegen leicht geschmäht und benachteiligt. (Als die Staaten der westafrikanischer Wirtschaftsgemeinschaft, CEDEAO, nach dem Putsch im März 2012, der in Mali zunächst durchaus populär war, Sanktionen verhängten, sagten manche Malier: „Die sind nur neidisch auf uns!“)

Was 1960 nach der Staatsgründung geschah, würde man heute Nation-Building nennen: Es galt, aus dem Stand ein Nationalbewusstsein zu schaffen. Malis junge Elite war wenig ethnisch orientiert; gleichwohl bediente sie sich, um der nationalen Idee Wurzeln zu geben, aus dem, was ihnen selbst nahestand: aus dem kulturellen Gedächtnis der großen Bevölkerungsgruppen des Südens, den historischen Mythen der Malinke und der Bambara. Künstler-Gruppen traten damit im ganzen Land auf, beschworen die Macht des alten Mali-Reiches, um so die ehrgeizige, afrikanisch-

sozialistische Vision des Präsidenten Modibo Keita zu untermalen: wirtschaftliche Unabhängigkeit, Industrien, Landreform.

Nach Norden hin dünnte die Überzeugungskraft dieser Kampagne aus. Die Songhai, die größte Bevölkerungsgruppe im Norden, ließen sich in den historischen Rahmen noch einbinden: Das Songhai-Reich war Nachfolger des Mali-Reiches, wenngleich weiter nordöstlich gelegen. In Kidal, damals wie heute die Hochburg der Tuareg, geriet das Projekt Nation-Building jedoch zur puren Unterdrückung. Aufführungen in Tamashek, der Sprache der Tuareg, waren verboten, stattdessen mussten Bambara-Lieder angehört werden.

Viele Tuareg hatten den Abzug der französischen Kolonialherren mit Bedauern gesehen; das galt vor allem für die adligen Ifoghas. Sie profitierten von der französischen Politik des „teile und herrsche“, genossen Privilegien, bekamen Waffen. Die Kolonialverwaltung machte Hautfarben-Politik, befreite die hellhäutigen Tuareg von Zwangsarbeit, nicht jedoch deren ehemalige Sklaven: Schwarze, die gleichfalls Tamashek sprechen und Bellah genannt werden. Zur Oberklasse der Tuareg, romantisiert als „edle Ritter der Wüste“, knüpften französische Anthropologen und Offiziere damals eine spezielle Beziehung, die bis in unsere Tage andauert.

Die schwarze, gebildete Elite des jungen Mali übernahm die Stereotype der Franzosen unter negativen Vorzeichen, schreibt der niederländische Soziologe Baz Lecocq. Die Tuareg waren für sie feudalistische, rassistische, arbeitsunwillige Nomaden, denen gegenüber der Staat eine mission civilisatrice hatte. Umgekehrt sah sich die Tuareg-Oberschicht nun konfrontiert mit einer „Masse von religiös unwissenden und unzivilisierten Schwarzen, mit denen sie nichts gemein hatte.“

Das Trauma der Tuareg

Die erste Tuareg-Rebellion von 1963 wurde blutig niedergeschlagen: Kriegsrecht verhängt, Brunnen vergiftet, Herden erschossen – und die Frauen geflüchteter Rebellen zwangsverheiratet an Offiziere aus dem Süden. Der Staat feierte den Sieg über die Unterworfenen in deren Hochburg Kidal im September 1964 ausgerechnet am malischen Unabhängigkeitstag – ein verhängnisvolles Signal. Die Lehrerin Safiatou Diarra, damals eine Aktivistin in der Pionierbewegung des Präsidenten, erinnert sich: „Die Franzosen hatten uns gesagt, dass Kidal eigentlich nicht zu Mali gehört. Gerade deshalb war Kidal für uns immer ein Symbol der Nation.“

Bei den Tuareg bewirkte die blutige Unterwerfung ein kollektives Trauma; es vererbte sich auf die nächste Generation, entfremdete viele dauerhaft dem Staat.

Die Psychologie dieses Konflikts scheint im Jahr 2013 kaum anders als 50 Jahre zuvor: malischer Nationalstolz gegen Tuareg-Stolz. Obwohl sich die Beteiligten auf beiden Seiten geändert haben und von einer pauschalen Diskriminierung der Tuareg – heute etwa 350 000 – zumindest in den letzten 15 Jahren nicht mehr gesprochen werden kann. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, der sich auf zwei bis vier Prozent beläuft, sind sie oft sogar überrepräsentiert, etwa im Parlament. Aber das Grundmuster des alten Konflikts wurde in der Krise 2012/13 auf dramatische Weise aktualisiert.

Dazu hat französische Politik aktiv beigetragen. Zunächst, noch in der Ära Sarkozy, durch die Unterstützung der „Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad“ (MNLA), die Nordmali im Handstreich eroberte und dadurch den Aufstieg von Jihadisten und al Qaida begünstigte. Jüngst gingen die französischen Streitkräfte dann in der Region Kidal eine Kriegs-Allianz mit der MNLA ein, ungeachtet der Menschenrechtsverletzungen, die ihren Kämpfern angelastet werden. Viele junge Frauen aus schwarzen Ethnien beschuldigen sie der Vergewaltigung. Und wegen eines mutmaßlichen Massakers an etwa hundert gefangenen Soldaten hat die Regierung in Bamako den Internationalen Strafgerichtshof angerufen.

Obwohl sich in Mali viele Tuareg von der MNLA distanzieren, gilt sie in den Pariser Medien als die Vertretung des Tuareg-Volkes. Und ihrer Argumentation folgend, dass die malische Armee im Norden „genozidäre Absichten“ habe, hat Frankreich dafür gesorgt, dass malische Soldaten die Region Kidal vorerst nicht betreten dürfen.

All dies verstärkt den Hass auf die MNLA, vergiftet die Atmosphäre. Darunter leiden alle jene Tuareg, die sich zu Mali bekennen. Der 26-jährige Student Moussa Ag Ikmane aus der Region Kidal fasst diese Tragik in einen schlichten Satz: „Ich bin ein malischer Patriot, aber die Malier sind nicht stolz auf mich.“

Patriotismus und Intoleranz

Für den Friedensprozess bestünde die größte intellektuelle Herausforderung darin, „eine Erzählung zu schaffen, die jene verschiedenen Epen verbindet, auf welche die einen oder die anderen stolz sind“, meint der französische Anthropologe Gilles Holder. Dies aber werde nicht einfach sein, denn Mali sei in den vergangenen Jahren kulturell

verschlossener geworden, und die Weltoffeneren würden von den selbsternannten Patrioten oft als unpatriotisch angesehen.

In der Tat schafft der gesteigerte Patriotismus gegenwärtig ein Klima der Intoleranz. Linke Oppositionelle wurden in Zeitungen als „Süd-Djihadisten“ gebrandmarkt, die dem Vaterland in den Rücken fielen und gleichfalls „platt gemacht“ werden müssten. Wer Kritik an der Übergangsregierung äußert, gelte schon als anti-patriotisch, sagte Alassane Dicko, ein Aktivist der Zivilgesellschaft.

Im Rahmen einer Kampagne mit dem Titel „Die Pflicht des Bürgers gegenüber seiner Nation“ wurde während des Kriegs eine Zeremonie zur Bedeutung der Nationalflagge abgehalten. Deren Schirmherr war Malis populärster Prediger, Ousmane Haidara. Er erinnerte daran, dass der Prophet Mohammed seinen Mitstreitern für den Kampf gegen die damaligen Gegner des Islam eine Fahne ausgehändigt habe und folgerte weiter: « Wir sind stolz auf unsere Flagge, stolz Malier zu sein. Diejenigen, die Mali verraten haben, sind Kafr (Ungläubige).“ Die Szene ist bemerkenswert, weil Haidara sonst mit dem Terminus Kafr nicht operiert, sondern zum friedlichen Zusammenleben aller aufruft. Nun aber sind Nation und Religion quasi eins und der Patriotismus eine heilige Pflicht.

Gibt es einen schwarzen Rassismus?

Viele Malier haben sich lange hinter einer Selbsttäuschung verbarrikadiert: Die radikale Islamisten seien alle Ausländer. Die Racheakte in den sogenannten befreiten Gebieten Nordmalis konfrontieren jetzt mit einer unangenehmen Wahrheit: Die Djihadisten hatten einheimische Kombattanten, Nutznießer, Mitläufer. In der Stadt Gao richtete sich die Lynchstimmung gegen malische Araber. Weil es aus deren Reihen Unterstützung für die Djihadisten gab, wurden alle Araber zu Sündenböcken. Ähnliches passierte im nahe gelegenen Gourma den Peulh-Hirten – eine Ethnie, die zwar nicht tiefschwarz, aber dunkelhäutig ist.

Es handelt sich also nicht, wie manche Berichterstatter unterstellten, um einen generellen schwarzen Rassismus gegenüber Hellhäutigen. Aber Hass scheint sich ungehemmter Bahn zu brechen, wenn Täter auf Seiten von Tuareg und Arabern dazu den Vorwand liefern. Es ist leichter, sie auszugrenzen aus dem ethnischen Zusammenhalt, der Mali anderswo weiter prägt – weil sie zur Nation, wie Mali sie verstand, nie richtig gehörten.

Um die jetzigen Verwerfungen beurteilen zu können, wissen wir noch zu wenig, was während der Besetzung wirklich geschah. Dies zu ermitteln, Ort für Ort, muss Teil des Friedensprozesses sein. Nordmali ist multiethnisch, und es gibt dort, wie im ganzen Land, bi-ethnische Ehen. Diese métis hätten nun eine besondere Verantwortung, meint Oumou Seck Sall, Bürgermeisterin der Stadt Goundam; ihre Eltern sind Tuareg und Peulh, in ihrem Amt spricht sie Songhai.

Eine zweite Gruppe kann wichtig werden: die Bellah, die einstigen Sklaven der Tuareg-Oberschicht, mit der sie die Sprache Tamashek teilen und die Selbstzeichnung als Kel Tamashek. Die Tamashek noir, viel größer an Zahl, ließen sich für Rebellionen nie gewinnen, und auch das hat mit der Geschichte zu tun.

Die sogenannte Bellah-Frage stand schon unter den Franzosen auf der Agenda der antikolonialen Elite weit oben. Die Verwaltung versetzte damals kritische Köpfe gern in den fernen Norden; so auch Modibo Keita, den späteren Präsidenten. 1951 war er Lehrer in der Nähe von Timbuktu. Keita und seine Partei agitierten bei den Bellah besonders intensiv: Sie sollten sich von den Franzosen wie von den Tuareg-Oberen befreien. Viele Bellah gingen früh auf die französischsprachige Schule, wurde später Beamte. Oder Politiker: Heute ist der Bürgermeister von Timbuktu ein Bellah.

Früher ließen sich manche Bellah für den Kampf gegen „weiße“ Tuareg rekrutieren, oft aber versuchen sie, neutral zu bleiben. Für die Befriedung Nordmalis ist ihre Rolle wichtig.

Der ferne Staat

So emphatisch das Verhältnis vieler Malier zu Nation und Vaterland, so kühl ihr Verhältnis zum Staat. Der Zentralstaat, den erst die Kolonialmacht Malis ethnischer, sprachlicher und territorialer Vielfalt überstülpte, ist bis heute für die Masse der bäuerlichen Bevölkerung ein fremdes Ding geblieben. 90 Prozent der Malier beherrschen nicht die Sprache, in der sich der Zentralstaat äußert und in der das Parlament über Politik verhandelt – das Französische.

Das Problem wurde bereits vor 20 Jahren erkannt, und Nordmali sollte Vorbild sein für die Lösung, für eine Politik der Dezentralisierung. Die ersten politischen Kommunen entstanden im Raum Timbuktu, Gao, Kidal. Dezentralisierung sollte den postkolonialen Zentralstaat umwandeln, sollte ein neues Mali schaffen, „ein Mali der Territorien und der Vielfalt“. Doch der Widerstand in den Apparaten in Bamako blieb immens: Es galt, die Fleischtöpfe zu verteidigen, die Quellen der Korruption. Heute werden immer noch

93 Prozent aller Ausgaben durch den Zentralstaat getätigt. Nirgendwo ist Mali so arm wie an seiner Basis.

„Die Probleme des Nordens sind die Probleme aller Regionen“, meint der Entwicklungsökonom Ousmane Sy, früher Initiator der Dezentralisierung, heute Leiter des Präsidialamts. „Nur greifen die anderen nicht zu den Waffen, weil das nicht Teil ihrer Kultur ist. Wir müssen diesen Typus von Staat ändern, sonst werden wir keine Stabilität finden.“

Gegenwärtig sind überall Lippenbekenntnisse zur Dezentralisierung zu hören; sie wirken wenig glaubwürdig, weil die Frage, warum dieses schöne Modell bisher gescheitert ist, ausgespart bleibt. Denn dann müsste über Korruption, Rechenschaft und die Kultur der Straflosigkeit geredet werden.

Lieber erweckt das politische Establishment den Eindruck, es gehe jetzt allein um Aussöhnung. Frankreichs Bemühungen, Mali Blauhelm-Soldaten aufzudrängen – von den meisten Maliern abgelehnt – wirken in dieselbe Richtung. Dem internationalen Publikum wird damit signalisiert, Mali werde dauerhaft an inneren, ethnischen Spannungen leiden.

Ausblick: Die Gefahr der Restauration

In Nordmali hat die bad governance der jüngsten Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, dass Ethnien gegeneinander ausgespielt wurden und sich mafiöse Strukturen etablierten. Zugleich waren staatliche Repräsentanten unter den ersten, die aus dem Norden flüchteten, während traditionelle und religiöse Autoritäten ausharrten. Der Staat, gestern noch Teil des Problems, kann nicht heute umstandslos Teil der Lösung sein und als Organisator von Versöhnung auftreten.

Ein Beispiel: In Timbuktu meldeten sich im Frühjahr 2012 nach einem Aufruf des Bürgermeisters mehrere hundert Freiwillige, um die Stadt gegen die anrückende Tuareg-MNLA zu verteidigen. Der Gouverneur weigerte sich, ihnen Waffen zu geben; die Waffen standen ausschließlich den arabischen Milizen der Stadt zu, die sich unter staatlicher Protektion am Drogenhandel beteiligten. Doch diese Milizen schützten nicht die Bevölkerung, sondern zogen selbst plündernd umher, während sich Gouverneur und Armee aus dem Staub machten. Wie soll in Timbuktu Versöhnung möglich sein, ohne den Gouverneur zur Verantwortung zu ziehen?

Dafür aber müsste es eine tatsächliche Selbstermächtigung der Gesellschaft geben. Ob die malischen Politiker dies wollen, ist fraglich. Zwar sind einige Modelle in der

Diskussion, etwa ein Kongress, der die Repräsentanten aller communities zusammen bringt: Bürgermeister, Zivilgesellschaft, traditionelle Chefs, religiöse Führer, Vertreter der Frauen und der Jugend. Aber es geht ja um mehr: um ein neues Nation-Building, das nun im Norden beginnen muss, jenseits der alten Pfade. Diesmal keine Armeeposten als Belohnung für Rebellen, keine exklusiven Verhandlungen zwischen Staat und Bewaffneten. Sondern ein großer Dialog der Gesellschaft, der seine Formen erst noch finden muss.

Während dieser Prozess noch gar nicht begonnen hat, arbeiten zahlreiche Politiker in Bamako bereits emsig an ihrem Machterhalt. Für Juli sind Wahlen angesetzt, weil die Europäische Union auf einem baldigen Termin bestand: als Voraussetzung, die Entwicklungshilfe-Gelder zu entsperren. Dieser frühe Termin nutzt nur den Kadern der alten politischen Klasse; das war absehbar, und es muss deshalb gefragt werden, ob genau dieses Ergebnis gewollt ist.

Für Frankreich, das nun starken Einfluss auf die Politik der malischen Übergangs-Regierung nimmt, zählt das Primat der Stabilität, und die wird nach europäischen Kriterien, nicht nach malischen definiert. Das Abhalten von Wahlen ist jetzt ein bloßes Instrument, um der Regierung den Makel mangelnder Legitimation zu nehmen. Die europäische und amerikanische Anti-Terror-Politik braucht als Partner legitime malische Staatsorgane. Die Wahlen dienen folglich dem Beweis, dass dieser Staat existiert – und weniger einer tatsächlichen Willensbildung der malischen Bürger, von denen so viele auf wirklichen Wandel und demokratischen Neubeginn hoffen.

Gerade jene westlichen Akteure, die allgemeine Wahlen immer zum Non-plus-Ultra von Demokratie erklären, lassen nun im Fall Mali eine bemerkenswerte Verachtung für den demokratischen Gehalt des Wahlprozesses erkennen.

Während die 400 000 Flüchtlinge den Heimweg noch nicht angetreten haben, werden in Bamako schon wieder Parteien gegründet, die erklärtermaßen nur dem Zweck dienen, für eine Person zu trommeln. Bei ADEMA, jener Partei, die in den letzten zwei Jahrzehnten am meisten Regierungsverantwortung trug und folglich besonderen Bedarf an innerer Einkehr haben müsste, rangeln ganze Riegen von Kandidaten. Ein populärer Präsident, der das Vertrauen des Volkes genießen würde, ist nicht in Sicht. Eine Erneuerung von Malis Demokratie kann es nur von unten geben. Im Norden, mit den zerstörten Beziehungen und den zerschlagenen Rathäusern, ist dies besonders offenkundig, aber es gilt auch für den Rest des Landes. Einen besseren, transparenten Staat wird es nur geben, wenn die Bürger ihn erzwingen, als Teil von Malis

Selbsteilung, als Teil eines neuen Nation-Building. Die Bevölkerung an der Basis mit der schwierigen Aufgabe der Aussöhnung zu beschäftigen, während die politische Klasse ihr altes Spiel treibt, das wäre eine zynische Arbeitsteilung. Die größte Gefahr ist gegenwärtig die Restauration: Die Wiedererrichtung jener Fassaden-Demokratie, die Ausgangspunkt der malischen Krise war.